

Artikel vom 07.05.2009 - 23.10 Uhr

Fachhochschule will sich von Kanzlerin trennen

Gießen (si). Nach mehr als 17 Jahren im Amt soll Kanzlerin Eva Maria Bleutge die Fachhochschule Gießen-Friedberg verlassen. Vorgeworfen werden ihr offenbar sowohl fachliche Defizite als auch Probleme bei der Personalführung.



Eva Maria Bleutge ist seit 1992 FH-Kanzlerin.

Im vierköpfigen Präsidium, dem Bleutge gemeinsam mit dem FH-Präsidenten und den beiden -Vizepräsidenten angehört, ist die 56-Jährige schon seit längerem isoliert. Dort ist offenbar auch der Wunsch gereift, sich von der Beamtin zu trennen. Als neuer Dienstort ist das Regierungspräsidium Gießen vorgesehen. Wissenschafts- und Innenministerium haben bereits zugestimmt, Bleutge hat auch schon die Versetzungsverfügung erhalten. Dagegen klagt sie nun vor dem Verwaltungsgericht.

Trotz mehrfacher Anfragen der Allgemeinen Zeitung wollten sich bisher weder Bleutge noch die übrigen Präsidiumsmitglieder äußern. In den Wiesbadener Ministerien hieß es, zu Personalangelegenheiten nehme man grundsätzlich nicht Stellung. Das Verwaltungsgericht Gießen bestätigte gestern der AZ, dass dort in dieser Sache ein Eilverfahren laufe. Danach hat Bleutge am vergangenen Mittwoch ihre Versetzungsverfügung an das RP Gießen erhalten, dagegen Widerspruch eingelegt und gleichzeitig Klage gegen den sofortigen Vollzug der Versetzung eingereicht. Wiesbaden habe zugesagt, die Versetzung bis Ende Mai nicht zu vollziehen, sagte Sprecherin Sabine Dörr.

Als Kanzlerin ist Bleutge nach dem Hochschulgesetz unter anderem für die gesamte Verwaltung zuständig, sie leitet sie nach den Richtlinien des Präsidiums. Außerdem ist sie Haushaltsbeauftragte und damit für einen Etat von jährlich über 40 Millionen Euro zuständig. Vor allem in organisatorischen Fragen und bei der Personalentwicklung werden ihr Schwächen und »Versäumnisse« vorgeworfen. Bei den Mitarbeitern gibt es unterschiedliche Einschätzungen zur Kanzlerin. Einige stehen erklärtermaßen hinter ihr. Es gibt aber auch Aussagen, dass sich in der Verwaltung »Mobbing-Strukturen« gebildet hätten, für die die Kanzlerin zumindest mitverantwortlich sei. Bestätigt worden sein sollen die Mobbing-Vorwürfe durch ein externes Gutachten, bei dem auch ehemalige Bedienstete befragt wurden.

Nach verlässlichen Quellen hätte Bleutge ursprünglich schon Ende des vergangenen Jahres versetzt werden sollen. Innenminister Volker Bouffier habe damals jedoch - kurz vor der Landtagswahl - nicht zustimmen wollen, hieß es. Zu dem Zeitpunkt war über einen Bericht der Gießener Allgemeinen bekannt geworden, dass das Innenministerium die ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete Anne Oppermann (Marburg) vom Uniklinikum in Marburg an das Gießener Versorgungsamt versetzen wollte, das ebenfalls zum Regierungspräsidium gehört. Das sorgte für eine Welle der Entrüstung bis in den Landtag. Inzwischen hat Oppermann ihre Stelle beim Versorgungsamt angetreten.

Den hessischen Hochschulpräsidien gehören nur die Kanzler dauerhaft an, Präsidenten und Vizepräsidenten scheiden nach maximal sechs Jahren wieder aus. Sie gelten deshalb oft, vor allem zu Beginn einer Präsidentschaft, als stärkstes Mitglied der Hochschulleitung. Das trifft auch auf Bleutge zu, die seit 1992 fünf FH-Rektoren bzw. Präsidenten erlebt hat. (Foto: AZ)

© Gießener Allgemeine Zeitung 2014 - www.giessener-allgemeine.de